

# Das Virus der sozialen Ungleichheit



Von **BZ-Redaktion**  
Sa, 06. Februar 2021  
Kommentare | 1

**BZ-Plus** | **BZ-GASTBEITRAG:** Klaus Leisinger schließt sich Appellen für einen verantwortungsvollen Kapitalismus an.

BZ•medien

Wetter | Kontakt | Meine BZ | Abmelden

**Badische Zeitung**

BZ-eZeitung | BZ-App | BZ-Smart | **Abonnieren**



**Quereinsteiger**  
Jobs finden

Start Coronavirus Lokales Nachrichten Sport **Meinung** Freizeit Ratgeber Abo & Service Jobs Anzeigen



Bei Diskussionen zum Thema Nachhaltigkeit standen in den letzten Jahren fast nur ökologische Themen im Vordergrund. Das ändert sich gerade: Langsam, aber stetig rücken gesellschaftspolitische Themen, insbesondere Verteilungsfragen, in den Mittelpunkt. Was bei uns gerade im Kontext der Verteilung von Impfstoffen anläuft, dürfte die Spitze eines Diskussionseisberges über Fragen der sozialen Gerechtigkeit sein.

Die Nichtregierungsorganisation Oxfam legte kürzlich in einer Studie dar, dass die ohnehin bestehenden weltweiten Vermögens- und Einkommensungleichheiten durch die Corona-Pandemie noch verschärft wurden: Den reichsten 2 153 Personen, die an der Spitze der Vermögensverteilung stehen, gehören mehr Vermögen als den unteren 60 Prozent der Weltbevölkerung; mehr als 50 Prozent der Menschheit lebt noch immer von weniger als 5 Euro am Tag. Frauen geht es dabei in der Regel schlechter als Männern, farbigen Menschen schlechter als weißen. In Deutschland vereint das oberste Prozent der Vermögenden über 35 Prozent des privaten Nettovermögens auf sich, die ärmere Hälfte der Menschen hat nur etwa 1 Prozent.

Verantwortlich für diese Situation, so Oxfam, sei, dass Unternehmen, Märkte und Politik weltweit so gestaltet seien, dass "kurzfristige Gewinninteressen zu oft über das Gemeinwohl triumphieren" und "Arbeitsschutz, Löhne und Menschenrechte auf der Strecke" blieben. Diese "zerstörerische Logik" müsse "umgedreht" werden: "Unternehmerisches Handeln soll allen dienen, nicht nur Profite für Wenige maximieren, Unternehmen und Superreiche sollen höhere Steuern bezahlen und die Marktmacht einzelner Konzerne soll begrenzt werden."

Es mag ja sein, dass, wer gehört werden möchte, laut und zugespitzt argumentieren muss – allerdings sei vor zu starken Vereinfachungen gewarnt: Nicht jede Ungleichheit bei Einkommen oder Vermögen stellt eine Ungerechtigkeit dar. Investiertes Produktivvermögen schafft Arbeitsplätze, ermöglicht Innovation und finanziert über Steuern die Aufgaben der Gemeinwesen. Davon profitiert auch die Gesellschaft als Ganzes.

Dass sich jedoch etwas in der falschen Richtung bewegt, ist offensichtlich: Für das McKinsey Global Institute – keine Organisation, die des Linksabweichertums verdächtig ist – ist Ungleichheit eines der weltweit größten Probleme. Nachhaltige Entwicklung ist mit wachsenden Disparitäten nicht erreichbar.

In seiner Eröffnungsrede beim Weltwirtschaftsforum (WEF) erneuerte dessen Gründer Klaus Schwab vergangene Woche seinen Appell für einen verantwortungsvollen Kapitalismus, der nicht nur den Kapitaleignern, sondern allen gesellschaftlichen Gruppen Vorteile bringt. Schwab sieht den Post-Corona-Wiederaufbau der Weltwirtschaft als Chance, sozialverträglicher und umweltgerechter zu agieren. Die WEF-Community, also die Frauen und Männer, die sich zu den globalen Führungskräften von Wirtschaft und Politik zählen, stimmte der Analyse mehrheitlich zu. Zumindest in Bezug auf die Diagnose der sozialen Wirklichkeit scheint es einen Konsens zu geben.

Was aber bedeutet das für die Therapie? Ein paar Dinge sind offensichtlich: Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bedingungen sowie deren komplexe Interaktionen in den einzelnen Ländern erfordern maßgeschneiderte Lösungen. Ein Mix aus Steuer-, Sozial-, Wirtschafts- und Bildungspolitik, der in einem Land zielführend ist, kann unter anderen Umständen kontraproduktiv sein – oder nicht finanzierbar. Simple Forderungen nach Umverteilung durch höhere Steuern sind zwar beliebt, aber ohne kluge Investitionspolitik nicht zielführend: Die Steuerlast in Deutschland gehört schon jetzt zu den höchsten in Europa, andere Länder mit einer niedrigeren Steuerlast erreichen aber laut dem World Happiness Report bessere Resultate für die Lebensqualität der Menschen.

Feindbilder und polemisch zugespitzte Schuldzuweisungen führen nicht zu Lösungen, sie verhindern Kompromisse. Laut dem neuen Edelman Trust Barometer sind 68 Prozent der Menschen in 28 Ländern der Ansicht, Führungskräfte der Wirtschaft müssten mehr Verantwortung übernehmen, wenn Regierungen nicht in der Lage sind, soziale Probleme zu lösen. Anders als Oxfam sehen zwei Drittel der Menschen Unternehmen als Teil der Lösung, nicht als Teil des Problems. Wäre es nicht eine tolle Sache, wenn deutsche Topmanager diesen Vertrauensvorschuss für konsensfähige Vorschläge nutzten?